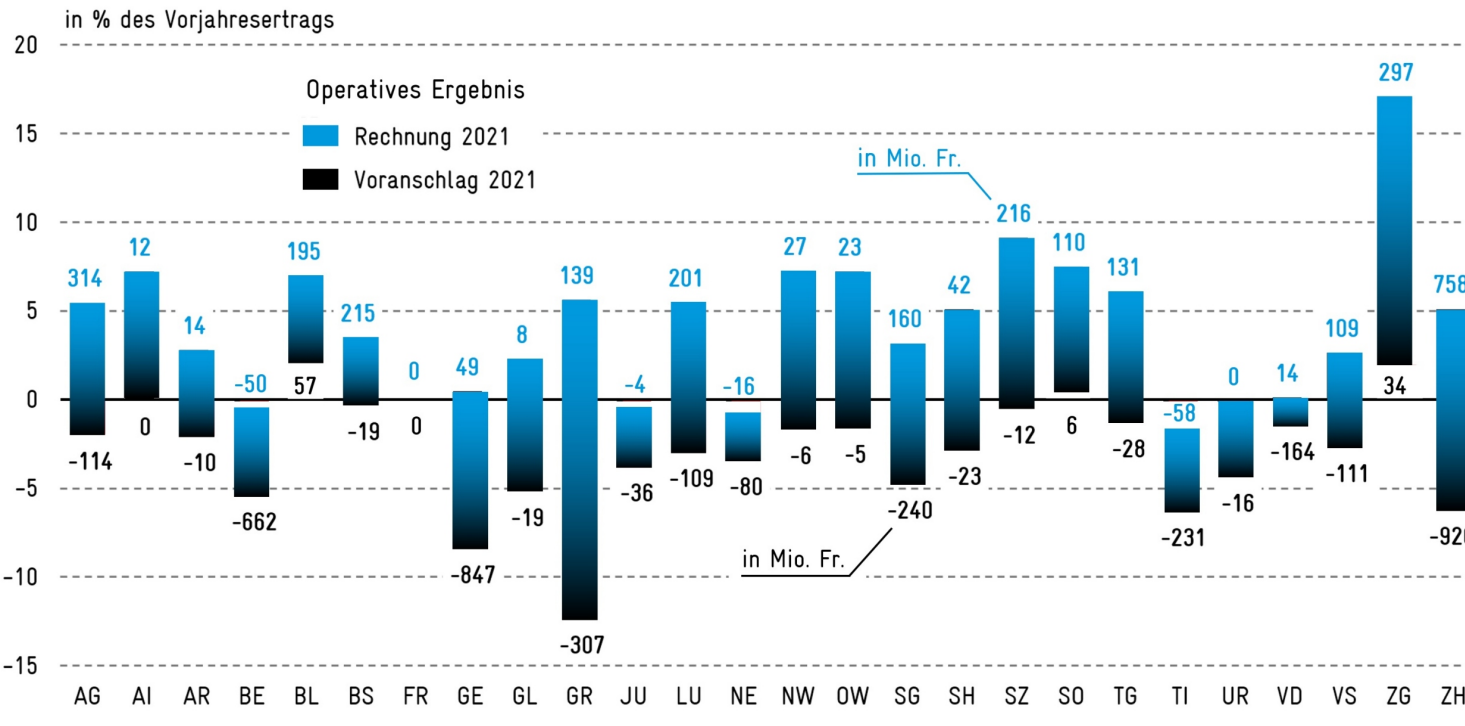


Der Wochenkommentar

Übervorsichtige Budgetierung der Kantone

Abbildung: Defizite beim Voranschlag, Überschüsse in der Rechnung

In jedem einzelnen Kanton fiel das Jahresergebnis 2021 besser aus als budgetiert. Am grössten sind die relativen Abweichungen in den Kantonen GR, ZG und ZH. Die Differenzen kumulieren sich auf enorme 6,8 Milliarden Franken.



Quelle: Jahresrechnungen 2021 der Kantone

Grafik: Avenir Suisse

Im Rechnungsjahr 2021 erzielten zwanzig Kantone (teilweise massive) Überschüsse. Statt eines kumulierten Defizits von 3,9 Mrd. Fr. resultierte ein kumulierter Überschuss von 2,9 Mrd. Fr. Damit relativieren sich für Lukas Rühli oft gehörte Warnungen vor drohenden Defiziten. An sich ist es zu begrüssen, dass die Kantone konservativ planen. Doch bei korrekter Budgetierung würden Steuersenkungspotenziale offengelegt, und bei Fragen der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen könnten letztere weniger oft die Karte der notleidenden Vollzugsorgane spielen. Schliesslich stellt sich die Frage, ob die Übervorsichtigkeit bei der Budgetierung absichtlich beibehalten wird, um sich den finanziellen Spielraum im laufenden Geschäftsjahr nicht zu verbauen.

[Übervorsichtige Kantone](#)

Subventionen

Wie sollen Forscher forschen?

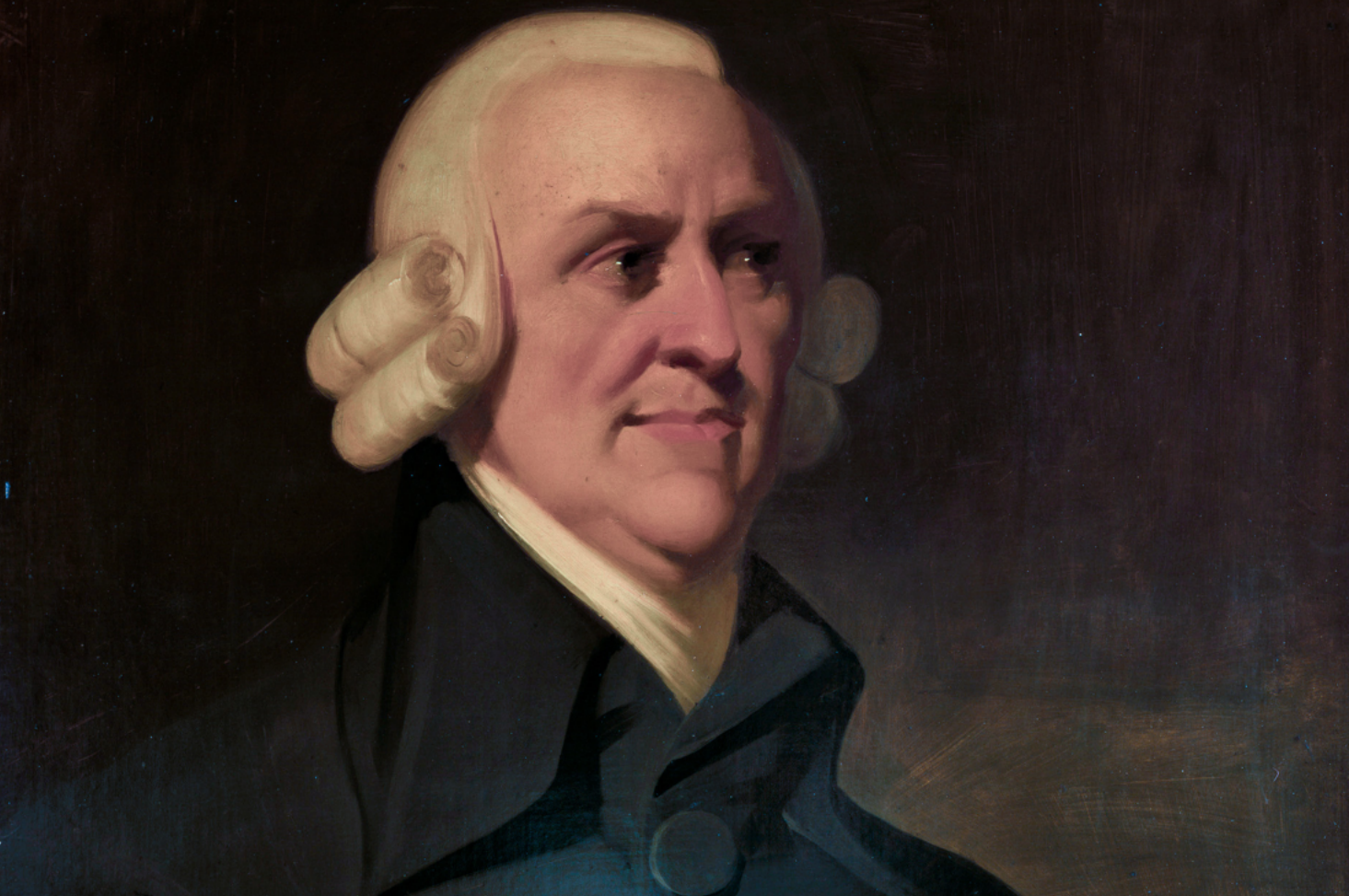


Eine oft gehörte Rechtfertigung, weshalb der Staat gewisse Aktivitäten mit Subventionen unterstützen soll, sind die dadurch ausgelösten positiven Externalitäten. In der Praxis werden vor allem in der Forschung und Entwicklung (F&E) positive externe Effekte vermutet: F&E-Aktivitäten generieren neues Wissen, von dem nicht nur das forschende Unternehmen profitieren kann. Doch der Staat verfügt selten über die nötigen Informationen, um zu wissen, welche konkreten Tätigkeiten effektiv positive Externalitäten auslösen und subventioniert werden sollten. Deshalb ist für Laurenz Grabher und Samuel Rutz bei Subventionen im F&E-Bereich Zurückhaltung geboten.

[Sind Subventionen für Bildung und Forschung gut eingesetzte Mittel?](#)

Wettbewerbspolitischer Workshop

«Pro Ziel ein Instrument»



Mit dem Kartellgesetz soll der wirksame Wettbewerb geschützt werden. Doch tut es das heute noch und – falls ja – in genügendem Ausmass? Am 12. Wettbewerbspolitischen Workshop von Avenir Suisse diskutierten Referentinnen und Teilnehmer unter der Leitung von Samuel Rutz darüber, ob das Kartellgesetz dem verfassungsrechtlichen Ziel noch gerecht werde, volkswirtschaftlich oder sozial schädliche Wettbewerbsbeschränkungen zu bekämpfen. Einigkeit herrschte darüber, dass eine Instrumentalisierung des Kartellrechts für andere Zwecke als den Schutz des Wettbewerbs problematisch ist.

[Schützt das Kartellrecht den Wettbewerb noch ausreichend?](#)

Die Zahl



Mehr als 99% der Anschlusspunkte von Elektrizität in der Schweiz werden durch ein regionales Monopol bedient, d.h. die Kunden können ihren Stromlieferanten nicht frei wählen. Grosskunden mit einem Verbrauch von über 100'000 kWh pro Jahr sind seit 2009 im freien Markt, Haushalte und KMU warten seit 2014 auf die vollständige Öffnung des Strommarktes. (PAD)

Veranstaltungshinweis

Forum per il Dialogo tra la Svizzera e l'Italia

Am 21. Oktober wird in Zürich das [6. Forum per il Dialogo tra la Svizzera e l'Italia](#) eröffnet. Diese Konferenz stellt eine Gelegenheit zum Austausch zwischen hochrangigen Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft, Politik, Journalismus, Wissenschaft und Kultur beider Länder dar, um Fragen und Entwicklungen der bilateralen Beziehungen zu erörtern. An der diesjährigen Ausgabe des Dialogforums stehen Gespräche über den Finanzmarkt, die Migration, das Gesundheitswesen sowie Klima/Energie auf dem Programm. Am Eröffnungsanlass sprechen diverse namhafte Persönlichkeiten ([vgl. Programm](#)), darunter Peter Grünenfelder.

Eröffnung: 21. Oktober 2022, 13.30 bis 15.30 Uhr, Pädagogische Hochschule Zürich (Lagerstr. 2.), [Programm](#) und [Anmeldung](#).

Presseschau

Avenir Suisse in den Medien

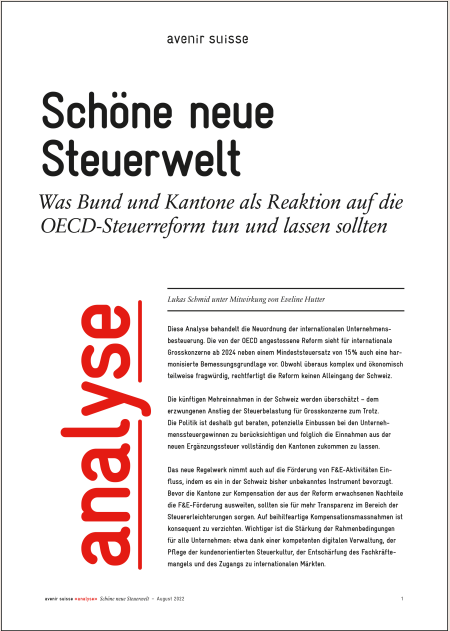
AHV: Die Radiosendung [«La Matinale»](#) des Westschweizer Radios RTS berichtete von der ausserordentlichen Erhöhung der AHV-Renten um 2,5%. Sie wurde diese Woche vom Bundesrat beschlossen, um der Teuerung entgegenzuwirken. Jérôme Cosandey erklärte in der Sendung, dies sei eine unnötige Massnahme: Die aktuelle Gesetzgebung sehe sowieso eine regelmässige Rentenanpassung alle zwei Jahre vor. Die ausserordentliche Erhöhung kostet 300 Mio. Fr. pro Jahr und muss von zukünftigen Generationen getragen werden.

Energieversorgung: Die [Zürcher Handelskammer](#) und die Infoseite [«Punkt4.info»](#) berichteten von ZHK-Lunch zum Thema Energiekrise. In seinem Referat ([Präsentation Seite 30-49](#)) erklärte Patrick Dümmler, dass die Schweiz aktuell mit zwei Krisen konfrontiert ist: Einerseits sei die Versorgungssicherheit akut gefährdet, andererseits hätten wir mit Preisrekorden und hoher Preisvolatilität zu kämpfen. Wichtig sei deshalb, dass der Staat attraktive Rahmenbedingungen für Investoren bietet, jedoch nicht auf Subventionen zurückgreift. Durch eine vollständige Öffnung des Strommarkts und die Wahlfreiheit für Konsumenten kann mehr Wettbewerb und somit mehr Effizienz erzielt werden.

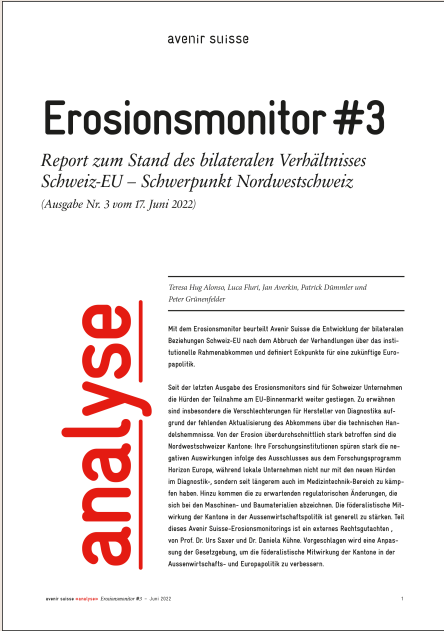
Schweiz—China: Die Westschweizer Zeitung [«Le Temps»](#) widmete sich in einem Beitrag der aktuell angespannten politischen Lage zwischen China und dem Westen. Erwähnt wurde darin die Avenir-Suisse-Studie [«Navigieren in unruhigen Gewässern»](#), die Jérôme Cosandey im Rahmen eines Treffens der Gesellschaft Schweiz-China vorgestellt hatte. In der Studie erläutern Patrick Dümmler, Teresa Hug Alonso und Mario Bonato drei Handlungsoptionen für die Schweiz im Umgang mit China.

Individualbesteuerung: Die [«Finanz und Wirtschaft»](#) thematisierte diese Woche die Steuergerechtigkeitsinitiative, die 2023 vor das Schweizer Stimmvolk kommen wird. Erwähnt wurde im Bericht auch der [Blogbeitrag von Valérie Müller zur Individualbesteuerung](#). Darin erklärte sie, dass bei Abschaffung der «Heiratsstrafe» auch der unter Fachkräftemangel leidende Schweizer Arbeitsmarkt profitieren könnte: Es wird erwartet, dass bei Annahme des neuen Modells ein Fünftel mehr Frauen, etwa 60'000, erwerbstätig würden.

Unsere aktuellen Publikationen



[Schöne neue Steuervelt](#)



[Erosionsmonitor #3](#)



[Navigieren in unruhigen Gewässern](#)